Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 25 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" „Eingesandt" 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 30 Pfg. Für Familiennachrichten (c.) bes. 20 Pfg. nach steigendem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath,
Wallstr. 8.

H. Niedenführ
Dresden, Wallstrasse 14.
Haupt-Niederlage
der Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik
vorm. Seidel & Naumann, Dresden.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Sonnenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** **Wilsdrufferstr. 17.** **Annenstr. 9** (Stadthaus).

Nr. 111. **Spiegel:** Sozialdemokratische Maifeier. Hofnachrichten, Sportleistwoche, Liebe und Frauenfrage, Gesammtrathssitzung, Prozeß Hammerstein, Gerichtsverhandlungen. Bildnißausstellung. | Muthmaßliche Witterung: Besserung der Wetterlage. | **Mittwoch, 22. April.**

Politisches.

Der erste Mai steht vor der Thür und an seiner Hand führt er das fünfjährige Lieblingskind der sozialrevolutionären Agitatoren, den „Weltfeiertag", der dieses Mal, wenn es nach dem Willen der Sozialdemokratie geht, im Deutschen Reiche zu einer Kraftprobe benutzt werden soll. Die willkommene Handhabe dazu bietet den Führern der sozialrevolutionären Bewegung die am 1. Mai erfolgende Eröffnung der Berliner Gewerbeausstellung, in Verbindung mit der allgemeinen wirthschaftlichen Lage im Reiche, die im Zeichen des Aufschwunges steht und deshalb der Begehrlichkeit der Agitatoren ein geeignetes Versuchsobjekt zur Erweiterung ihrer politischen Machtfülle zu bieten scheint. Schon seit Wochen herrscht im Lager der Sozialdemokratie eine lebhafte Betriebsamkeit, um die Gemüther der „Genossen" gehörig durchzukneten und sie in jene eigenartige Stimmung zu versetzen, die, aus dem seelischen Rausche einer künstlich genährten Selbstüberschätzung geboren, der Auflehnung gegen die bestehende Ordnung günstig zu sein pflegt. Allein würde freilich die „Begeisterung" der Genossen zur Erzwingung einer auch nur theilweisen Arbeitsruhe am 1. Mai nicht genügen. Soweit sind die Dinge doch glücklicher Weise noch lange nicht gediehen, daß die bürgerliche Gesellschaft sich gegen ihren Willen von den Vertretern des sozialrevolutionären Prinzips irgendwelche Vorschriften über ihr Thun gefallen zu lassen brauchte. Im Gegentheil, der ganze bisherige Verlauf der „Arbeitsfeier" am 1. Mai in aller Herren Ländern hat gerade bewiesen, daß die Gegner der gesellschaftlichen Ordnung machtlos sind gegenüber der erkannten und durchgeführten Solidarität der bürgerlichen Interessen. Lorbeeren sind es keinesfalls, die sich die Sozialdemokraten bis jetzt in dem muthwillig von ihnen entfachten Kampfe um die Maifeier geholt haben und auch in diesem Jahre werden sie keine einzige Siegestrophäe heimtragen, wenn — nun ja, wenn die Arbeitgeber überall wissen, was ihres Amtes ist. Da aber scheint dieses Mal der Hase im Pfeffer zu liegen. Es muß nämlich befremdlicher Weise konstatirt werden, daß die Haltung der Arbeitgeber gegenüber der Maiforderung der Sozialdemokratie vieles zu wünschen übrig läßt, ja daß es geradezu den Anschein gewinnt, als sei ein großer Theil bereit, vor dem revolutionären Idol des 1. Mai das Knie zu beugen. Warum? [illegible] sich nicht aus grundsätzlicher Anerkennung des „Rechtes" der Arbeiter, sich nach ihrem Belieben einen Tag aus der Reihe der ordnungsmäßigen Arbeitstage als Feiertag herauszugreifen, um dadurch ihre Souveränetät zu bekunden. Die Beweggründe der Arbeitgeber sind vielmehr lediglich auf dem materiellen Gebiet zu suchen. Die „Konjunkturen" sind günstig, sie müssen um jeden Preis ausgenutzt werden. Deshalb darf man sich nicht der Gefahr aussetzen, daß die organisirten Arbeitermassen in einem so vielversprechenden Augenblick aus Unmuth über die Verweigerung des Maifeiertages die Fahne eines allgemeinen Ausstandes entfalten. Die Begriffsverwirrung in dieser Beziehung geht sogar soweit, daß ein Berliner Blatt, das im Uebrigen nachdrücklich für ein geschlossenes Zusammenstehen der Arbeitgeber gegen die sozialistische Forderung der Freigabe des 1. Mai eintritt, doch für Berlin „für dieses Mal" eine Ausnahme machen zu müssen glaubt. Der Trost, den sich das Blatt dabei spendet, ist schwach genug. Es meint nämlich, in Berlin trete „vor der Bedeutung der Industrie, vor der schöpferischen That des Geistes, des Kapitals und der Hand der sozialistische Gedanke der Maifeier völlig in den Schatten." „Aber", heißt es dann weiter, „keine andere deutsche Stadt hat ähnliche Rücksichten zu nehmen" und nun wird von den übrigen Städten im Reiche das verlangt, was die Reichshauptstadt zu thun angeblich nicht in der Lage ist. Das ist die Methode: „Wascht Ihr Eueren Pelz, aber macht mir den meinigen nicht naß. Meiner kann kein Wasser vertragen."

Dieser verhängnißvollen Schwäche und Kurzsichtigkeit gegenüber ist es wahrhaft wohlthuend und herzerfrischend, die ungeschminkte Sprache zu lesen, deren sich die „Hamb. Nachr." zur Kritik des nachgiebigen Verhaltens eines Theiles der Arbeitgeber bedienen. „Die Freigabe des 1. Mai", erklärt das Blatt rund heraus, „wäre ein Ausfluß bornirter Gewinnsucht, die das eigene Interesse nicht über den nächsten Tag hinaus zu Rathe zu ziehen vermag." Ebenso unnachsichtig wird die lahme Entschuldigung abgefertigt, daß Berlin wenigstens sich für dieses Mal der Freigabe des 1. Mai nicht entziehen könne. „Kommt es dahin, so werden die Räthe des Kaisers aus der Thatsache, daß die Eröffnung der Berliner Ausstellung mit der Kundgebung zu Ehren der internationalen Sozialdemokratie in eins zusammenfällt, Konsequenzen zu ziehen haben". Mit dieser Auffassung muß sich Jeder einverstanden erklären, der sich des hohen Werthes der Güter, die in dem Widerstand der Arbeitgeber gegen die sozialdemokratische Maifeier vertheidigt werden, zu wohl bewußt ist, als daß er um eines augenblicklichen materiellen Vortheils willen eine Bastion im Kampfe gegen den Umsturz opfern möchte.

Eine verlorene Bastion: das würde in Wahrheit die Nachgiebigkeit der bürgerlichen Gesellschaft gegen das sozialdemokratische Machtgebot der Maifeier für die Ordnungssache bedeuten. An dieser Thatsache ist nicht zu rütteln. Es handelt sich bei der Maifeier auch nicht entfernt um einen wirthschaftlichen Lohnkampf. Daß die Gesellschaft wirklichen Lohnkämpfen gegenüber volles Verständniß besitzt, ja, daß sie nicht ansteht, bei solchen Gelegenheiten dem Arbeitnehmer, wenn er wirklich berechtigte Beschwerden hat, ihre aufrichtige werkthätige Sympathie zuzuwenden, das hat der Verlauf des Streiks in der Konfektionsbranche bewiesen. Die Maifeier aber ist ein willkürlicher Eingriff in die bestehende wirthschaftliche Ordnung, den ausschließlich die Sucht der sozialdemokratischen Führer diktirt hat, den von ihnen gegängelten Massen zu zeigen, was sie vermögen und dadurch ihren eigenen Nimbus zu erhöhen. Wie wenig insbesondere die augenblickliche wirthschaftliche Lage der in Berlin bei der Ausstellung beschäftigten Arbeiter Anlaß zu irgendwelcher Unzufriedenheit geben kann, zeigt die Thatsache, daß die dortigen Zimmerer dieser Tage beschlossen haben, ihre Lohnforderung auf 1 Mk. pro Stunde zu erhöhen. Das würde bei 9 Arbeitsstunden pro Tag rund 220 Mk. im Monat ergeben, ein Einkommen, angesichts dessen ein Berliner Witzblatt einen Assessor ausrufen läßt: „Jetzt sehe ich, daß ich meinen Beruf verfehlt habe."

Die unausbleibliche Folge des Mangels an Einmüthigkeit unter den Arbeitgebern würde zunächst die sein, daß die Sozialdemokratie in allen Tonarten den von ihr erfochtenen „Sieg" anpriese. Die Massen aber würden nicht anders können als den sprechenden Thatsachen gegenüber den hochtönenden Phrasen der sozialdemokratischen Führer Glauben zu schenken. Ihnen würde die Sozialdemokratie in dem Lichte eines Triumphators erscheinen, der nach fünfjährigem erbittertem Kampfe endlich den Sieg an seine Fahne geheftet hätte. Unter diesen Umständen würde die Neigung der Massen, sich von der Sozialdemokratie führen und vertreten zu lassen, einen neuen Sporn gewinnen und das Ende vom Liede wäre eine neue schwere Erschütterung der Ordnungssache. Ueber die ernste Mahnung, die der Mund der Thatsachen spricht, kann man sich mit dem wohlfeilen Raisonnement hinweghelfen, daß ein Mal kein Mal sei, daß man „das nächste Mal" um so schärfer vorgehen werde und daß ja schließlich die staatlichen Machtmittel ausreichend seien, um den Sozialdemokraten den Standpunkt klar zu machen. Der Maifeiertag habe überhaupt nicht viel zu sagen, er sei ein bloßes Phantom, an dem sich die „Genossen" berauschten. Wer so denkt, verkennt den gewichtigen Ernst der Lage und weiß weder den eigentlichen Charakter des Maifeiertages noch den Werth der moralischen Imponderabilien in der sozialrevolutionären Bewegung zu würdigen. Es ist wahr, bis jetzt haben die Sozialdemokraten infolge des korrekten Verhaltens der Arbeitgeber mit ihrem 1. Mai Fiasko gemacht. Trotzdem ist aber der „Weltfeiertag" zu einer „Institution" geworden; deren einmalige Legalisirung von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft der Sozialdemokratie mit Nothwendigkeit einen solchen Zuwachs an Ansehen verleihen würde, daß alle spätere Mühe, die Mai-Gloriole von den Häuptern der revolutionären Führer zu entfernen, seitens der Ordnungsparteien sich als vergeblich erweisen würde. Das mögen diejenigen deutschen Arbeitgeber beherzigen, an die jetzt angesichts der sich für den 1. Mai vorbereitenden Ereignisse im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt der Appell ergeht, sich in einer Frage von so weittragender grundsätzlicher Bedeutung nicht von engherzigen Geschäftsrücksichten leiten zu lassen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. April.

* **Eisenach.** Der Kaiser ist heute Abend 6 Uhr hier angekommen und vom Großherzog empfangen worden. Von der Bevölkerung stürmisch begrüßt begab sich der Kaiser mit dem Großherzog nach der Wartburg. Abends 9 Uhr 30 Min. erfolgte die Abfahrt zur Auerhahnjagd.

* **Wien.** Erzherzog Otto ist heute Abend nach Dresden abgereist.

* **Paris.** In den Wandelgängen des Palais de Luxembourg circulirten die widersprechendsten Gerüchte. Die Gemäßigten behaupten, das Kabinet könne nicht im Amte bleiben. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß man die Demission des Kabinets erwarte. Selbst einige Ministerielle geben zu, daß die Lage unhaltbar sei. Die demokratische Gruppe hat gleichwohl eine Vertrauenserklärung für das Kabinet angenommen.

* **Massanah.** (Stefani-Meldung.) Zwei Landleute überbrachten heute dem General Baldissera ein Schreiben Meneliks und Ras Mangaschas. Der Negus ersucht, da Major Salsa die vorgeschlagenen Präliminarien nicht angenommen hat, die bezüglichen Briefe zurückzusenden, er werde inzwischen Salsa als Geißel zurückbehalten und verspreche, ihn nach Rückgabe der Schreiben wieder freizulassen. Baldissera, da er kein Interesse hatte, die Schriftstücke zurückzubehalten, sandte sie sofort zurück. In dem Schreiben versichert Mangascha, daß der Negus ihm auftrug, mit Baldissera Freundschaft zu schließen, und fügt hinzu in eigenem Namen, er liebe und suche Frieden. General Baldissera erwiederte, auch er liebe den Frieden. Baldissera betrachtet infolgedessen die Verhandlungen für abgebrochen.

Berlin. Reichstag. Am Bundesrathstisch Minister von Bötticher und v. Schönstedt. Die Besprechung der Interpellation Bachem über das Duellwesen wird fortgesetzt. Präsident v. Buol macht Mittheilung von dem Eingang des nachstehenden Antrags Abt, der von Mitgliedern der nationalliberalen und konservativen Partei eingebracht worden ist: Den Antrag Rickert in folgender Form anzunehmen: die Regierung aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem mit dem Strafgesetzbuch im Widerspruch befindlichen Duellwesen entgegenzutreten. — Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.): Der Abg. Bebel sprach gestern von moralischer Verlumptheit derjenigen Kreise, welche das Duell unterstützen. Solchen Beleidigungen gegenüber sollte man doch auf Wege sinnen, ihnen zu begegnen und sie zu verhindern. Meine Stellung zum Duell habe ich früher schon gekennzeichnet. Das Duell ist durch die öffentliche Meinung gerichtet. Aber man bedenke doch auch die Umstände, in denen sich ein schwer Beleidigter befindet, so auch Herr v. Kotze, was hätte er thun sollen? (Unruhe links.) Ich gebe zu, es ist das ein wunder Punkt. Soll man etwa beim Schöffengericht eine Buße von 10 Mk. anstreben? Man müßte Gerichte schaffen, die in solchen Fällen eine angemessene Sühne ermöglichen. Etwas muß aber geschehen. Redner bemängelt dann noch, daß gestern Herr Bebel ungerügt das Begnadigungsrecht des Königs einer Kritik unterzogen habe. — Präsident v. Buol: Wenn das ein Vorwurf für das Präsidium sein soll, so muß ich bemerken, daß Begnadigungsakte der Gegenzeichnung bedürfen, also Regierungsakte sind. — Abg. v. Bennigsen erinnert an die von ihm hier gethanen Ausdrücke, in denen er den bestehenden Zustand als einen unerträglichen bezeichnet habe. Durch das Duell könne man in der That die verletzte Ehre nicht wieder herstellen. Für Bebel sei aber die Ausnützung der in Frage stehenden Vorgänge für politische, sowie für wirthschaftliche Zwecke der Sozialdemokratie die Hauptsache. Dieses Agitationsmittel müsse den Sozialdemokraten entzogen werden. Bebel habe keine Qualifikation und Legitimation zu sittlicher Entrüstung, nachdem derselbe in offener Reichstagssitzung die Kommune verherrlicht und zur Nachahmung angeregt habe. Die Presse habe die Duelle zu sehr breitgetreten, was den falschen Eindruck erwecke, als hätten dieselben zugenommen. Und was haben denn die studentischen Mensuren hiermit zu thun? Was das eigentliche Duell anlangt, so muß die Abhilfe, die durchaus nothwendig ist, einsetzen bei dem Ehrbegriff. Das Duell ist den alten Griechen und Römern ganz unbekannt gewesen, ebenso unbekannt wie der germanische Ehrbegriff; es wird doch aber Niemand behaupten wollen, daß jene Alten kein Gefühl für persönliche Würde gehabt hätten. Das Duell ist eine französische Einrichtung und ist bei den Franzosen geradezu farce geworden. Es muß dahin gewirkt werden, daß sich die Auffassung des Ehrbegriffes derjenigen Klasse, in welcher die Duelle stattfinden, ändert. Gelingt dies, dann wird es in ein paar Jahren keine Duelle mehr geben. — Abg. Richter (freis. Vp.): Ich unterschreibe, abgesehen von den sozialistischen Wendungen Alles, was Abg. Bebel gestern gesagt hat. Es wäre schlimm, wenn die sozialdemokratische Partei die einzige wäre, die so über das Duellunwesen dächte. Demselben ist auch leicht abzuhelfen, wenn von oben der richtige Wille da ist. Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, die Herr v. Bötticher verlas, war so unbefriedigend, so lau und flau, wie sie lauer und flauer nicht sein konnte. Die Erklärung sprach von Erwägungen, ja hat der Herr Reichskanzler diese nur bei sich im stillen Kämmerlein angestellt oder hat er sich an die Ressorts gewendet, namentlich an das Justizressort. In so wichtigen Dingen, welche die ganze Oeffentlichkeit beschäftigen, sollte doch der erste Reichsbeamte sein Urtheil schon fertig mitbringen. Herr v. Bennigsen denkt besonders mild über die studentischen Duelle, als ob es heute wichtiger sei, auf der Universität Schmarren zu erlangen als Kenntnisse. Je weniger Kenntnisse, desto mehr Schmisse. (Beifall links.) Herr v. Bennigsen sieht das Duell so etwa an, wie ein nothwendiges Uebel, aber es ist nur eine Klasse von Raufbolden, die sich damit das Prestige aufrecht zu erhalten sucht, etwa so wie Herr v. Hammerstein. Unser Offizierkorps halte ich für viel zu gebildet, um innerlich ebenso über die Nothwendigkeit des Duells zu denken. In erster Reihe ist es die Praxis der Begnadigung, die an der Erhaltung des Duellunwesens die Schuld trägt. Wenn ein Forderer binnen 24 Stunden begnadigt wird, wenn also die Begnadigungsordre ungefähr zu derselben Stunde auf der Festung anlangt, wie der Verurtheilte selbst, dann muß man sagen, daß das einer Dispensation des Strafrechts geradezu gleichkommt. Dazu kommt die disziplinarische Behandlung der Duellanten, die sich nicht duelliren wollen. Wenn sich solche Fälle so häufen, ohne daß die Behörden etwas dagegen thun, dann müssen wir alle diese Fälle zur Sprache bringen und bei den Trägern der Staatsgewalt das Bewußtsein hervorrufen, daß sie solchem groben Unfug gegenüber ihre Schuldigkeit zu thun haben. (Beifall links und im Centrum.) — Abg. Gröber (Centr.): Bennigsen's Auffassung ist die eines alten Korpsstudenten. (Beifall und Heiterkeit.) Dabei übersieht er aber, daß die Studenten-Konfereien nur das Vorspiel und die Einübung auf die richtigen Duelle sind. Bei der Art, wie hier das Duellwesen zu beschönigen versucht wird — ernste Gründe hat man gar nicht beigebracht — vergißt man ganz, daß es sich hier um ein Verbrechen handelt. Inzwischen gelangt ein Antrag Bachem zur Vertheilung: Der Reichstag wolle beschließen: 1. Daß Schiedsgerichte zu endgiltiger Entscheidung für Ehrenhändel geschaffen werden, mit der Befugniß, ihren Entscheidungen unbedingte Achtung zu verschaffen; 2. wirksamere Bestrafung von Beleidigungen; 3. Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch welchen die den Zweikampf sowie Beihilfe und Anstiftung dazu bevorzugenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches abgeändert würden. — Abg. Frhr. v. Manteuffel (kons.) wirft Bebel vor, die Ausführung von Schall gestern vertreten zu haben. Schall habe durchaus das Duell an sich verurtheilt. Er selbst stimme wie seine politischen Freunde den Ausführungen Bachem's bei und bemerke dazu nur, Herr v. Kotze sei nicht geflüchtet und habe sich sofort gestellt, er sei nur auf kurzen Urlaub auswärts, aber jederzeit bereit, sich wieder zu stellen. Eine Beseitigung des Duells von heute auf morgen sei nicht möglich, auch in England sei das nicht möglich gewesen. Unrichtig sei es auch, das Duellwesen immer mit dem Militarismus in Zusammenhang zu bringen. Duelle kämen mehr vor bei Reserveoffizieren als bei den aktiven und zwar deshalb, weil bei Jenen die strenge Zucht des Kommandeurs fehle. In Ungarn und anderwärts duellirten sich sogar Parlamentarier und Minister: wo bleibe da der Zusammenhang mit dem Militarismus? Nothwendig seien vor Allem anders organisirte Ehrengerichte und strengere Bestrafung der Beleidigungen. Darin stimme er mit Bachem überein. Redner kritisirt dann die Aufbauschungen in der Presse und äußert schließlich die Erwartung, die Rede des Predigers Wendtland am Grabe Schrader's werde sehr viel zur Beseitigung des Duellunwesens beitragen. — Abg. Förster (antis.) erklärt, seine Freunde seien im Prinzip Gegner des Duells; das Ehrgefühl bedürfe aber schonender Berücksichtigung durch verschärfte Bestrafung der Beleidigungen. — Abg. Bebel verwahrt sich dagegen, die Worte Schall's vertreten zu haben. Thatsächlich habe Schall das Duell unter Umständen für nothwendig erklärt. Die kaiserliche Verordnung, wonach ein Offizier nicht mehr im Heere geduldet werden soll, der die Ehre eines Anderen verletze, oder „seine eigene Ehre nicht zu wahren wisse", sei ungesetzlich. Sie nöthige die Offiziere geradezu zum Duell. Statt dafür zu sorgen, daß solche ungesetzliche Kabinetsordres aufgehoben werden, wolle Bachem wieder das Strafgesetzbuch verschärfen. Die Kommune habe zweifellos einen berechtigten Kern gehabt. Zu Repressalien habe dieselbe erst gegriffen, als ihre Anhänger füsilirt wurden. Vom Antrag Bachem würden die Sozialdemokraten nur den Antrag Nr. 3 annehmen. — Präsident v. Buol: Bebel hat vorhin die Kabinetsordre erwähnt, welche statt der Gesetze für die Offiziere bindend sei. Er hat dies einen Zustand genannt, der eines Kulturstaates unwürdig sei. Diese Art der Kritik muß ich entschieden mißbilligen und rufe deshalb den Abg. Bebel zur Ordnung. — Abg. Schall polemisirt lebhaft gegen die Sozialdemokratie, welche sich selbst das Recht zur Selbsthilfe und zur Gewalt zuschreibe. — Abg. Bebel bemerkt in einer Erwiderung auf die Ausführungen Schall's u. A.: Die Aufforderung der anarchistischen „Freiheit" auf die eigenen Offiziere zu schießen, sei noch lange nicht so schlimm, als die Aufforderung, auf die eigenen Mütter und Brüder zu schießen. — Abg. v. Bennigsen weist diese Anspielungen zurück. Wenn Bebel sich über die Unthaten der bürgerlichen Gesellschaft so entrüste, so solle er sich doch auch der Unthaten seiner Gesinnungsgenossen im Jahre 1871 erinnern. — Die Besprechung der Interpellation wird geschlossen, worauf sich die Berathung zu der Resolution Rickert und den übrigen Anträgen wendet. Die Abg. Bachem und Rickert ziehen ihre Anträge zurück, um einen möglichst einheitlichen Beschluß des Hauses herbeizuführen. Nunmehr wird der Antrag Abt: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem mit dem Strafgesetze im Widerspruch befindlichen Duellwesen mit Entschiedenheit entgegenzutreten", einstimmig angenommen. — Morgen Interpellation Manteuffel, betreffend Bäckereibetrieb und Impfantrag Förster.

Berlin. Der deutsch-japanische Handelsvertrag ist dem Bundesrathe zugegangen und dürfte am Donnerstag zur Berathung kommen. — Das Befinden des Reichskanzlers hat sich gebessert, doch muß sich derselbe bei seinem hohen Alter noch Schonung auferlegen. — Die Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch nahm heute folgende Resolution an: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die reichsgesetzliche Regelung des gesammten Wasserrechts thunlichst bald in Erwägung zu ziehen." — Ceremonienmeister v. Kotze ist heute früh mit seiner Familie auf 8 Wochen nach dem Süden abgereist. — Die Auslieferung Friedmann's soll unmittelbar bevorstehen. — Der morgige Prozeß Hammerstein wird keinerlei sensationelle Zwischenfälle bringen. Die Dauer der Verhandlung wird auf etwa fünf Stunden berechnet.

Posen. Der Kommandeur der 10. Kavallerie-Brigade, Oberst v. Hohe, der bis vor einiger Zeit in türkischen Diensten stand, ist zum Generalmajor befördert worden.

Friedrich & Glöckner.
Neu eröffnet Filiale **Dresden-N., Bautznerstr. 27b** (Ecke Markgrafenstr.)
Lacke, Firnisse, Oel- und Schnelltr.-Farben eigener Fabrik.